

„Schweizer Qualität“ in Holziken
eSPress 21.08.2003 | Andrew Katumba

Mit Speck fängt man Mäuse und mit Bratwurst Wähler.
Eine kurze Richtigstellung zum Thema Entfremdung und Einbürgerungspolitik
in der Schweiz.

Am Samstag, den 23. August 2003 steigt in Holziken das traditionelle Parteifest der SVP. Wir können wieder gespannt sein, mit welchen Wahlparolen die Stimmung im Zelt angeheizt wird. Für eine heisse Stimmung werden nicht nur die prophezeiten 30 Grad sorgen, sondern auch die aus der ganzen Schweiz angereisten Gäste. Kommen werden Sie, durstig nach einfachen Rezepten in unserer doch immer komplexer werdenden Welt. Und diese Welt wird ja bekanntlich auch noch immer kleiner. Globalisierung, Internet, Einwanderung etc. Man findet ja kaum mehr einen Ort, wo man unter sich sein kann. Doch in unsicheren Zeiten, spendet Mutter SVP Trost und Zuversicht. Für nur CHF 80.-- ist man am Samstag unter seinesgleichen. Die Schweizerische Volkspartei erhebt ja den Alleinanspruch für das Volk zu sprechen. Sie erhebt ihre starke Stimme für den kleinen Mann und die kleine Frau von nebenan. Wir Schweizer sind ja immer mehr die ... Von den 7.8 Mio Einwohner in der Schweiz sind 1/5 MigrantInnen. Werden diese an diesem Samstag auch dabei sein johlen, wenn sich Ueli Maurer wieder in einem Wortspiel verquickt? Oder bedienen sie nur als Quoten-Migranten die Festgemeinde? Dies werden wir wohl nie erfahren.

Rund die Hälfte der in der Schweiz lebenden Ausländerinnen und Ausländer erfüllt heute die vom Bund festgesetzten Mindestvoraussetzungen um eingebürgert zu werden. Rund 700'000 Menschen könnten in der Schweiz somit heute einen roten Pass beantragen. Pro Jahr tun es aber nur 30'000. Von den 140'000 ausländischen Jugendlichen zwischen 15 und 24 sind es lediglich 3'000. Und diese 2% der Antragsteller bezeichnet die Volkspartei schon als „Einbürgerungsflut“. Dass rund 20% der in der Schweiz wohnhaften und erwerbstätigen Menschen kein politisches Mitbestimmungsrecht haben ist stossend und widerspricht dem Grundsatz der Demokratie. Ganz zu schweigen von den Beiträgen an die AHV und die jährlichen Steuern, die sie zahlen. Wir müssen den Migrantinnen und Migranten den Zugang zu unserer Demokratie ebnen. Sie haben ein Recht auf Mitbestimmung bei sämtlichen, gesellschaftspolitischen Fragen in unserem Land. Lange genug wurden sie als Spielball der öffentlichen Polithetze missbraucht. Machen wir sie zu aktiven Spielern unserer Gesellschaft!

Ein Schritt in die richtige Richtung wurde bereits getan. Das Bundesgericht hat im Juli betreffend Einbürgerungen erfreuliche Zeichen gesetzt. Die SVP Initiative „Einbürgerungen vors Volk“ wurde als verfassungswidrig und diskriminierend abgeschmettert. Einbürgerungen sind keine politischen Volksentscheide. Einbürgerungen sind rein administrative Verwaltungsakte. Und als solcher müssen sie auch gehandhabt werden, um blosse Willkür zu verhindern. Aber es gibt noch viel zu tun. Auch Einbürgerungen an Gemeindeversammlungen müssen abgeschafft werden. Für die Gesuchsteller gilt das in der Bundesverfassung verankerte Verbot auf Diskriminierung und der Anspruch auf rechtliches Gehör. Die SP steht für die direkte Demokratie und für die Volksrechte. Aber es darf nicht sein, dass Menschenrechte und Volksrechte gegeneinander ausgespielt werden. Aber genau dies will uns die SVP weiss machen. Die Einbürgerungspolitik kann als Integrations-Instrument verstanden werden. Den Migrantinnen und Migranten muss das Gefühl der Dazugehörigkeit vermittelt werden. Sie sind ein Teil von unserer Gesellschaft, und sie müssen sich auch für unser Land verantwortlich fühlen.

Zur Zeit ist eine Bürgerrechtsrevision in der Vernehmlassung, die einzig von der SVP erfolglos bekämpft wurde. Auf Grund der positiven Vernehmlassungsergebnisse, hat der Bundesrat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement beauftragt, eine Botschaft zur Regelung des Bürgerrechts

auszuarbeiten. Sie umfasst vor allem folgende Revisionspunkte:

- * Einbürgerungserleichterungen für junge, in der Schweiz aufgewachsene Ausländerinnen und Ausländern der zweiten Generation. Einheitliche, für die ganze Schweiz geltende Kriterien werden fest gelegt.

- * Erwerb des Bürgerrechts bei Geburt in der Schweiz von Gesetzes wegen für Personen der dritten Ausländergeneration. In der Botschaft soll darauf hingewiesen werden, dass auch eine Lösung, welche zusätzlich auf die Zustimmung der Eltern abstellt, denkbar sei.

- * Einführung einer Beschwerdemöglichkeit gegen die Ablehnung von Einbürgerungen wegen Verletzung verfassungsmässiger Rechte (Verbot willkürlicher und diskriminierender Entscheide).

- * Herabsetzung der Einbürgerungsgebühren auf eine bloss kostendeckende Summe.

- * Vereinfachung des Verfahrens, namentlich Verzicht auf die eidgenössische Einbürgerungsbewilligung und Einführung eines Einspruchsrechts des Bundes.

- * Herabsetzung der eidgenössischen Wohnsitzfrist für die ordentliche Einbürgerung von zwölf auf acht Jahre; Festlegung der kantonalen und kommunalen Wohnsitzfristen für die ordentliche Einbürgerung auf höchstens drei Jahre. (Zu weiteren Änderungen des Bürgerrechtsgesetzes vgl. Zusammenfassung im Presserohstoff)

Ich begrüsse grundsätzlich die laufende Revision des Bürgerrechtsgesetzes; würde mir persönlich jedoch mehr wünschen:

- * Die zweite Generation soll stark vereinfacht eingebürgert werden.

- * Die dritte Generation soll automatisch, durch Geburt (Jus Soli) das Bürgerrecht erhalten.

- * Bürgerrechtserwerb auf Bundesebene. Warum nicht? Schliesslich interessiert den Zöllner an der Grenze nicht, ob wir vom Säuliamt kommen oder vom Emmental. Wir sind Schweizer und damit basta! Der Bürgerrechtserwerb auf Bundesebene würde jedoch eine Verfassungsänderung bedingen. In der Bundesverfassung Art. 37 steht: „Schweizerbürgerin und Schweizerbürger ist, wer das Bürgerrecht einer Gemeinde und das Bürgerrecht des Kantons besitzt. „ Und genau dies macht unsere Einbürgerungspolitik so kompliziert. Erst nachdem Gemeinde und Kanton ihren Segen dazu gegeben haben, wird man Schweizer Bürger oder Bürgerin! Und so lange Gemeinde und Kantone die Regeln selber bestimmen, kann eine gewisse Willkür nicht ausgeschlossen werden!

Darum, liebe SVP Gemeinde. Die Überfremdung als Wahlthema wird Euch auch noch in den nächsten Jahren erhalten bleiben. Prost!